

Bericht der Sachkommission Publikumsdienste, Behörden und Finanzen (SPBF) zum Geschäftsbericht des Gemeinderats 2019

Bericht an den Einwohnerrat

Die Sachkommission Publikumsdienste, Behörden und Finanzen (SPBF) hat den Geschäftsbericht des Gemeinderats 2019, insbesondere die ihr zugewiesenen Produktgruppen **1 Publikums- und Behördendienste** und **2 Finanzen und Steuern** mit Gemeindepräsident Hansjörg Wilde und Gemeinderat Daniel Albietz sowie den beiden Abteilungsleitern Patrick Breitenstein und Reto Hammer diskutiert und besprochen. Die Sachkommission bedankt sich für die weiteren Erläuterungen und Beantwortung der gestellten Fragen. Ebenfalls gilt der Dank Betina Schuchardt für die Organisation und Protokollierung der über Zoom abgehaltenen Sitzung.

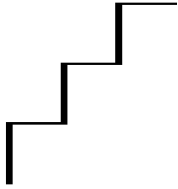
Bei den beiden zu behandelnden Produktgruppen handelt es sich nicht nur finanziell um spezielle Produkte - sie beanspruchen zusammen nur 5 % vom Gemeindehaushalt und bilden damit das Schlusslicht auf der Kostenskala - es handelt sich vielmehr um Dienstleistungen innerhalb der Verwaltung, zu denen u. a. nebst dem Steuerinkasso auch das Parlament und der Gemeinderat gezählt werden.

Produktgruppe 1 Publikums- und Behördendienste

Die SPBF stellt erneut befriedigt fest, dass die Finanzen in dieser Produktgruppe den Vorgaben nachkommen, auch wenn dies beim kleinen und engen Budget nicht ganz einfach und planbar ist. Zu Diskussionen geführt haben anlässlich der Kommissionssitzung hauptsächlich die folgenden beiden Themen Benchmark und Kostendifferenzen beim Einwohner-rat.

Nettokosten pro Einwohner

Hinterfragt werden Sinn und Aussagekraft der Kennzahl «Nettokosten pro Einwohner», die eigentlich nur einen Vorjahresvergleich mit sich selber zulässt, da Riehen die einzige Gemeinde mit solchen unechten Produkten ist und somit ein echter Benchmark (Vergleich mit anderen Gemeinden) nicht möglich ist.



Kosten des Produkts Einwohnerrat

Ein weiteres Thema sind die gegenüber dem Vorjahr geringer ausgefallenen Kosten des Produkts Einwohnerrat, obwohl es im Berichtsjahr mehr Sitzungen und Traktanden gab. Dabei geht es nicht um die Summe selber, sondern um deren Herleitung. Ein Teil der Produktkosten sind der Sitzungsaufwand und der Politikbetrieb, dazu kommt der Verwaltungsteil in der Leistungsverrechnung, den die Verwaltung für die Vorbereitung und Bearbeitung der Geschäfte veranschlagt sowie weitere Arbeiten, die dem Einwohnerrat zugerechnet werden. Letztlich werden noch die Sachkosten dazugeschlagen. Der Sitzungsaufwand ist in etwa gleichgeblieben. Weniger hoch waren die Leistungsverrechnungen, welche höher erwartet wurden. Die Sachkosten sind deutlich geringer ausgefallen als budgetiert. Das führt insgesamt zu tieferen Kosten trotz leicht erhöhtem Sitzungsaufwand der Politik.

Diese Tatsache zeigt auf, dass der Produktinhaber selber bei dem aktuellen Steuerungsmodell PRIMA teilweise recht wenig zur Kostensteuerung seiner Produkte beeinflussen kann und PRIMA für die Politik nicht wirklich transparent und nachvollziehbar ist.

Produktgruppe 2 Finanzen und Steuern

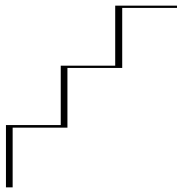
Für diese Produktgruppe gilt analog der vorangegangenen Gruppe, dass sowohl die Produkte selber als auch die Gesamtkosten eher theoretischer Natur sind und wenig Spielraum beinhalten, handelt es sich doch aus Kostensicht mit 0.7 % Gesamtkostenanteil um die kleinste Produktgruppe. Aufgeschobene oder vorgezogene Investitionen können das Jahresbudget stark verändern und beeinflussen.

Steuerschätzung

Einleitend hat sich die Kommission über die Budgetplanung insbesondere betreffend Einschätzung der Einkommens- und Vermögenssteuerbeträge informieren lassen, dies auch in Anbetracht des wiederholt unerwartet besseren Jahresergebnisses.

Die Steuerschätzung funktioniert so, dass man mit einer Abweichung von 5 % rechnen muss (bei 100 Mio. Franken also 5 Mio. Franken). Für Leistungsaufträge werden zwei Steuerschätzungen erstellt, eine im Frühjahr, eine zweite, als bessere Basis, im Herbst.

Basis von der jetzigen Steuerschätzung ist die Steuerperiode 2018. In diesem Jahr ist die Situation durch die Corona-Pandemie und die damit verbundene kantonale Rückstellung von Veranlagungen nochmal besonders: Es fehlen noch die Steuerdaten von mehreren tausend Personen für das Jahr 2018. Bei einer Steuerschätzung für die Jahre 2021-2024 greift man dann auf Vorperioden zurück, bis hin zu 2016. Die Steuerschätzung im Frühjahr dürfte für die genannten Jahre also keine Punktlandung werden. Wie sich Arbeitsmarkt, Konjunktur, Börsenkurse etc. entwickeln, ist alles relativ unklar. In der Steuerschätzung hat man immer eine Annahme zu treffen, im Grundsatz eher defensiv.



Nettokosten pro Einwohner

Auch bei diesem Leistungsauftrag hinterfragt die Kommission die Kennzahlen, insbesondere die Nettokosten pro Einwohner, die hier stark gestiegen sind. Ein Benchmark mit anderen Gemeinden gibt es auch hier nicht, dafür eine Erklärung zur Differenz zum Vorjahr, die gemäss Aussage aufgrund Verschiebungen des Projekts «Nest-Refactoring», ein gemeinsames Projekt mit dem Kanton betreffend Steuersoftware, entstanden sei.

Immobilienbewirtschaftung

Die Kommission diskutiert die Differenz zwischen den realisierten Gesamtkosten 2019 von 2,8 Mio. Franken gegenüber dem entsprechenden Budget von 6,3 Mio. Franken. Gemäss Auskunft sind geplante umfangreiche Liegenschaftsinvestitionen verschoben worden, entsprechend geringer ist auch die Entnahme aus den Instandstellungsrückstellungen, anstelle der budgetierten 3,7 Mio. Franken nur CHF 155'000. Es ist ökologisch und finanziell vernünftig, wenn die Bausubstanz noch gut ist, Instandstellungsarbeiten auch mal zu schieben. Die SPBF warnt aber davor, notwendige Unterhaltsarbeiten zu unterlassen und vor sich hinzuschieben.

Beschluss und Antrag der Kommission

Die Sachkommission SPBF beantragt dem Einwohnerrat, vom Geschäftsbericht des Gemeinderats Kenntnis zu nehmen und den Leistungs- und Rechenschaftsbericht der Produktgruppe 1 Publikums- und Behördendienste sowie der Produktgruppe 2 Finanzen und Steuern, deren Produktsammenrechnung mit den entsprechenden Leistungsberichten sowie die Investitionsrechnung für das Jahr 2019 zu genehmigen.

Riehen, 5. Juni 2020

Sachkommission Publikumsdienste, Behörden und Finanzen

Thomas Strahm, Präsident